

Ökologie und Markt : Analyse eines schönen Missverständnisses

Autor(en): **Gärtner, Edgar Ludwig**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **83 (2003)**

Heft 5

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-166876>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ÖKOLOGIE UND MARKT

Analyse eines schönen Missverständnisses

Edgar Ludwig Gärtner, geboren 1949, studierte Hydrobiologie in Frankfurt und Marseille. Seit 1989 ist er Gesellschafter und verantwortlicher Redaktor des Informationsdienstes «Ökologische Briefe» in Frankfurt; von 1993 bis 1996 war er Chefredaktor der Umweltstiftung WWF Deutschland. Heute ist er freier Wissenschaftsjournalist für den Themenbereich Umweltpolitik, ständiger Mitarbeiter des Fachmagazins «Chemische Rundschau» (CH-Solothurn) und Mitglied der deutschen Wissenschafts-Pressekonferenz (WPK).

Die Vereinbarkeit von Nachhaltigkeit, Selbstorganisation und Marktwirtschaft ist Gegenstand zahlreicher wissenschaftlicher Untersuchungen und politischer Programme. Als eine «regulative Idee» kann Nachhaltigkeit nur dann funktionieren, wenn man nicht davor zurückschreckt, sich auch auf produktive und konstruktive Missverständnisse einzulassen.

Als die Enquête-Kommission des 13. Deutschen Bundestages «Schutz des Menschen und der Umwelt» im Juli 1998 ihren Abschlussbericht «Konzept Nachhaltigkeit. Vom Leitbild zur Umsetzung» vorlegte, schien klargestellt, dass Nachhaltigkeit keine Formel für die heile Welt sein kann. Vielmehr müsse Nachhaltigkeit als offenes Leitbild, als «regulative Idee» im Sinne Kants aufgefasst werden.

Im April 2002 hat das Bundeskabinett in seiner nationalen Nachhaltigkeitsstrategie mit dem Titel «Perspektiven für Deutschland» einen Konzeptionswechsel beschlossen. Zur Messung des Nachhaltigkeitsfortschritts wird *erstens* eine Liste von Indikatoren angeführt wie die Energie- und Rohstoffproduktivität, die bis 2020 gegenüber 1990 bzw. 1994 verdoppelt werden soll. An *zweiter* Stelle folgt die Entwicklung des Ausstosses der sechs «Kyo-to-Gase». Und an *dritter* Stelle kommt der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung (vor allem der Windenergie), der bis 2010 auf 12,5 Prozent verdoppelt werden soll. Mit dieser Prioritätensetzung hat sich die Bundesregierung bewusst vom marktorientierten und zukunfts-offenen «Drei-Säulen-Modell» der Nachhaltigkeit, das heisst von der Gleichrangigkeit ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Belange verabschiedet und sich für das Deutungs- und Ordnungsmodell «Oikos» (Haus) entschieden. Der breiteren Öffentlichkeit ist dieser Paradigmenwechsel (wohl wegen des nach wie vor sehr geringen Interesses am Thema Nachhaltigkeit) allerdings kaum aufgefallen.

Dieses im eigentlichen Sinne ökologische Modell (Ökologie = «Hauslehre») bringt aber gegenüber dem «Drei-Säulen-Modell», in dem viele so etwas wie die Quadratur des Kreises sehen, durchaus nicht

nur Vorteile. Allerdings sollten sich die politischen Akteure, die sich in der Tradition des *Aristoteles* der Haus-Metapher bedienen, der Tatsache bewusst sein, dass die nachhaltige Verwaltung eines Hauses einen Hausvater voraussetzt, der seiner Familie und dem Gesinde Ressourcen zuteilt und darüber wacht, dass in der Hausgemeinschaft bestimmte sexuelle, soziale, wirtschaftliche und religiöse Normen respektiert werden. Wer die Haus-Metapher benützt, steht nicht in einer demokratischen, sondern in einer patriarchalischen bzw. obrigkeitsstaatlichen Tradition, und es fragt sich, woher denn die Fürsten als Hausväter bzw. Geschäftsführer ihr Management-Wissen beziehen.

«Ökologische Marktwirtschaft» oder «politische Ökologie»?

Ist die von allen im Deutschen Bundestag vertretenen politischen Parteien beschworene «ökologische Marktwirtschaft» nicht ein Widerspruch in sich? Denn es handelt sich doch beim Wettbewerb auf dem Markt um einen Prozess spontaner Ordnungsbildung ohne hoheitliche Vorgaben, das heisst um ein zukunfts-offenes Entscheidungsverfahren, das auf den mehr oder weniger vernünftigen Entscheidungen einer Vielzahl freier Individuen beruht. Kurz: Was nachhaltig ist, «weiss» in einem demokratisch und marktwirtschaftlich verfassten Gemeinwesen nur der Markt. Wir sind immer erst hinterher klüger.

Gegenüber der selbstgenügsamen und innovationsfeindlichen, patriarchalischen Hauswirtschaft mit ihrer festen Rollenverteilung zwischen dem Hausherrn, seiner Familie und dem Gesinde bedeutet (erkämpfte oder eingeräumte) individuelle

Freiheit also das Wagnis, sich auf unvorhersehbare Entwicklungen einzulassen. Dieses ist getragen von der Hoffnung, dass sich im Wettbewerb hinter dem Rücken der Akteure materielle Fortschritte einstellen, von denen zuvor niemand geträumt hat. *Friedrich August von Hayek*, der Wirtschaftsnobelpreisträger von 1974, hat diese Auffassung am klarsten auf den Punkt gebracht: *«Weil jeder Einzelne so wenig weiss und insbesondere, weil wir selten wissen, wer von uns etwas am besten weiss, vertrauen wir darauf, dass die unabhängigen und wettbewerblichen Bemühungen Vieler die Dinge hervorbringen, die wir wünschen werden, wenn wir sie sehen.»* (Hayek, *Die Verfassung der Freiheit*, 3.A., 1991, S. 38)

Hayek sah also den wichtigsten Vorteil einer freiheitlichen Wirtschaftsverfassung in ihrem nicht zaghaften, sondern zuversichtlichen und schöpferischen Umgang mit Nichtwissen. Grundlage dieser Zuversicht in einer undurchschaubaren und zukunfts-offenen Welt ist die Respektierung allgemeiner Regeln, die sich im Laufe der Evolution bewährt haben, aber nichts über die Beschaffenheit der äusseren Welt aussagen. In Hayeks Worten handelt es sich dabei um *«Regeln, die uns zwar nicht sagen, was in dieser Welt geschieht, aber sagen, dass uns wahrscheinlich nichts geschehen wird, wenn wir sie befolgen.»* (Hayek, *Freiburger Studien*, 1969, S. 170). Solche Regeln – wie die Goldene Regel oder die Zehn Gebote der Bibel – finden sich deshalb nicht von ungefähr sinngemäss, wenn nicht gar wortgleich in allen Kulturkreisen, die überlebt haben.

Inzwischen bestärken aber neurobiologische Forschungen die Annahme, dass die meisten Menschen das Leben in einer völlig kontingenten Welt nicht lange aushalten. Sie brauchen nicht nur etwas zu essen und ein Dach über dem Kopf, sondern einen Kosmos, in dem sie sich heimisch fühlen und einen geistigen und materiellen Bezugsrahmen, der ihnen Trost und Halt vermittelt. Auch Hayek hat deshalb nie behauptet, der Markt könne alles regeln, sondern bei vielen Gelegenheiten auf die Komplementarität von Marktwirtschaft und (christlicher) Religion hingewiesen.

In Europa ist diese Sicht der Dinge jedoch nicht mehrheitsfähig, weil der Rationalismus der europäischen Aufklärung

Wir kennen die
«ökologische
Wahrheit», die
sich in einer
ökologisierten
Marktwirtschaft
in den Preisen
für Waren und
Dienstleistungen
ausdrücken soll,
wenn überhaupt,
nur bruchstück-
haft.

Glaubenskriege gerade dadurch überwunden hat, dass er die Aufgabe der Sinnstiftung von Offenbarungsreligionen auf die Wissenschaft bzw. Vernunftreligion verlagert hat. Zum Erbe des Rationalismus gehört auch ein weit verbreitetes *Faible* für die wohlfahrtsstaatliche Variante von Planwirtschaft bzw. ein zumindest anfängliches Misstrauen gegenüber allem nicht bewusst politisch Geplanten. Nur Mischformen von Plan- und Marktwirtschaft bzw. schillernde Formeln wie «soziale Marktwirtschaft» haben daher Aussicht auf hinreichende Zustimmung. Heute möchte nicht einmal mehr die politische Linke auf die beeindruckenden Anpassungsleistungen von Märkten verzichten. Doch sollen marktwirtschaftliche Suchprozesse (zumindest in der Theorie) nicht ergebnisoffen bleiben, sondern sich an wissenschaftlich begründeten bzw. politisch festgelegten Leitplanken und Handlungszielen orientieren.

Die Nachhaltigkeits-Enquête des 13. Deutschen Bundestages hatte noch darauf hingewiesen, dass bei der Umsetzung politischer Gestaltungsansprüche meist andere als die gewollten Ergebnisse erzielt werden, wenn nicht sogar ihr Gegenteil. Diese Einsichten sind beim Regierungswechsel von Schwarz/Gelb zu Rot/Grün in Vergessenheit geraten. Das (vergebliche) Insistieren der deutschen und EU-Delegationen in Johannesburg auf entsprechenden quantitativen Vorgaben im dort verhandelten globalen Aktionsplan zeigt, dass dem Papier die Überzeugung zugrunde liegt, (natur-)wissenschaftlich sei längst ausgemacht, wohin die Reise gehen muss.

Vom Wissen zum Wollen

Der französische Wissenschaftsforscher *Bruno Latour* teilt diese Illusion nicht. In seinem Versuch einer «symmetrischen Anthropologie» räumte er mit der Vorstellung auf, die exakten (Labor-)Wissenschaften (*Sciences*) beschäftigten sich mit der Natur und lieferten den Schlüssel für die saubere Trennung zwischen Objekt und Subjekt, zwischen Tatsachen und Werten.¹ Da es unmöglich sei, Menschen und Dinge voneinander zu trennen, existierten die Gegenstände wissenschaftlicher Forschung nicht ohne die Forscher und umgekehrt.

¹ Vgl. dazu u.a. Bruno Latour, *Das Parlament der Dinge. Für eine politische Ökologie*, aus dem Franz., Frankfurt a.M. 2001.

Die Konsequenz aus solchen grundlegend verschiedenen Denkansätzen lautet wie folgt: Um Glaubenskriege zu verhindern, kann sich die Politik nicht auf die «modernistische Übereinkunft» einer unabhängig von menschlichen Interessen existierenden Natur berufen. «Natur» gibt es nur im Plural. Die Erde ist nicht *a priori* die «eine Welt», das «gemeinsame Haus» der Menschen. Die unterschiedlichen konkreten Lebenswelten müssen vielmehr erst auf möglichst demokratische Weise politisch und «von unten» zu einem solchen gemacht werden.

Folgt man einschlägigen Lehrbüchern der Ökologie, dann wird der globale «Naturhaushalt» vom Wasser bzw. vom ständigen Wechsel zwischen dessen Aggregatzuständen dominiert. Angetrieben wird dieser Kreislauf von der Sonne. Auf dem zweiten Platz folgt der Kreislauf des Sauerstoffs und erst an dritter Stelle der des Kohlenstoffs. Diese und weitere Kreisläufe bleiben theoretische Vorstellungen, die bis heute empirisch nur zu einem sehr geringen Teil untermauert sind. Am grössten sind die Wissenslücken über sogenannte Kohlenstoff-Senken. Kurz: Wir kennen die «ökologische Wahrheit», die sich in einer ökologisierten Marktwirtschaft in den Preisen für Waren und Dienstleistungen ausdrücken soll, wenn überhaupt, nur bruchstückhaft. Insofern hat Bruno Latour recht, wenn er Versuche, das Kyoto-Protokoll naturwissenschaftlich zu begründen, von vornherein für müssig erklärt.

Bruno Latour hat mit dem von ihm vorgeschlagenen «Parlament der Dinge» zwar das Problem der Quellen des Management-Wissens politisch-konstruktivistisch aufgelöst und dadurch die Ökologie (zumindest in der Theorie) einigermaßen mit demokratischen Ansprüchen versöhnt. Doch hinter dem dadurch bis zur Absurdität getriebenen «Primat der Politik» sind die Belange der Ökonomie beinahe vollständig dem Gesichtskreis entschwunden.

.....
*Die grosse
 Kunst der Politik
 besteht darin,
 Konsensformeln
 zu finden, die
 auf produktiven
 Missverständnis-
 sen beruhen.*

.....
*Haus und Markt,
 Ökologie und
 Marktwirtschaft
 bleiben ein
 Widerspruch in
 sich.*

Latour verdächtigt die Ökonomen sogar, statt auf eine Politische Ökonomie auf eine «Ökonomie des Politischen» im Sinne eines sparsamen Umgangs mit Politik hin zu arbeiten. Ökologie und Marktwirtschaft sind weiter denn je voneinander entfernt. So wird die «eine Welt» zu einer öffentlich-rechtlichen Dauerbaustelle, auf der niemals ein bewohnbares Haus fertig wird.

Der Ausweg: Produktive Missverständnisse

Wie man es auch dreht und wendet: Haus und Markt, Ökologie und Marktwirtschaft bleiben ein Widerspruch in sich. Trotzdem gilt: «Nachhaltigkeit wird auf dem Markt erreicht oder gar nicht.»

Konsens, da hat Bruno Latour zweifelsohne recht, beruht in einer ungeplanten, irrationalen Welt fast immer auf Missverständnissen. Fortschritte der Neurobiologie auf der einen Seite und die von der Wissenschaftsforschung vermittelten Einsichten in die Entstehungsbedingungen und den politischen Stellenwert wissenschaftlichen Wissens auf der andern Seite legen es nahe, die Hoffnung, über rationale Diskurse zu einvernehmlichen und dauerhaften Lösungen gesellschaftlicher Probleme gelangen zu können, als unbegründet fahren zu lassen.

Wir wissen heute: Missverständnisse sind unvermeidlich. Es fragt sich nur, ob diese destruktiv oder produktiv sind. Die grosse Kunst der Politik besteht darin, Konsensformeln zu finden, die auf produktiven Missverständnissen beruhen. Dabei handelt es sich im Prinzip um Leerformeln, die einen so grossen politischen und wirtschaftlichen Interpretations- und Gestaltungsspielraum bieten, dass alle Akteure damit lange Zeit in Frieden leben und auf einigermaßen anständige Weise ihren persönlichen Interessen nachgehen können. ♦